

Becker, Peter

Research Report

Auf dem Weg zur Reform des EU-Haushalts: Eine Zwischenbilanz des Konsultationsprozesses

SWP-Aktuell, No. 57/2008

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs,
Berlin

Suggested Citation: Becker, Peter (2008) : Auf dem Weg zur Reform des EU-Haushalts: Eine Zwischenbilanz des Konsultationsprozesses, SWP-Aktuell, No. 57/2008, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/254775>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Auf dem Weg zur Reform des EU-Haushalts

Eine Zwischenbilanz des Konsultationsprozesses

Peter Becker

Mit der Überprüfung des EU-Budgets steht der nächste große Reformprozess ganz oben auf der europäischen Tagesordnung. Der Europäische Rat beauftragte im Dezember 2005 die Europäische Kommission, »eine vollständige, weitreichende Überprüfung vorzunehmen, die sämtliche Aspekte der EU-Ausgaben, einschließlich der GAP [Gemeinsamen Agrarpolitik] und der Eigenmittel, einschließlich der Ausgleichszahlung an das Vereinigte Königreich, abdeckt, und darüber 2008/2009 Bericht zu erstatten«. Im September 2007 veröffentlichte die Kommission ein Konsultationspapier (»Den Haushalt reformieren, Europa verändern«) und stieß damit den Reformprozess an. Es folgten Reaktionen der nationalen Regierungen, von Parlamenten, Verbänden und Interessengruppen. Eine erste Analyse der vorliegenden Positionspapiere lässt erkennen, dass die Gelegenheit zu einer grundlegenden Reform der europäischen Ausgabenpolitik und des EU-Eigenmittelsystems von verhandlungstaktischen Erwägungen der Mitgliedstaaten überlagert wird. Eine einmalige Reformchance droht damit vertan zu werden.

Die erste Etappe des Haushaltüberprüfungsprozesses wurde am 15. Juni 2008 mit dem Ende der Konsultationsphase abgeschlossen. Die EU-Kommission hatte mit ihrem Konsultationspapier versucht, der Reformdebatte eine Struktur zu geben und eigene Schwerpunkte zu setzen. Zunächst war als Abschluss der Konsultationsphase der 15. April vorgesehen; weil die Kommission jedoch unmittelbar vor Ablauf der Frist mit Stellungnahmen überhäuft wurde, verlängerte sie die Frist um zwei Monate – und damit auch über den Termin für das irische Referendum zum Lissabon-

ner EU-Reformvertrag am 12. Juni hinaus. Als Folge verschiebt sich ebenso der Beginn der zweiten Etappe des Reformprozesses. Die Kommission wird wahrscheinlich erst im Frühjahr 2009 den Bericht vorlegen, der ihre Schlussfolgerungen aus dem Konsultationsprozess und ihre Vorschläge für eine Reform des EU-Budgets enthalten soll.

Das Konsultationspapier der EU-Kommission

Ziel der öffentlichen Konsultation war es, eine umfassende Debatte über die Stärken

und Schwächen des EU-Haushalts zu lancieren. Die Europäische Kommission wollte mit dieser Grundsatzdiskussion neue, vielleicht auch ungewöhnliche Reformideen zusammentragen – und zwar losgelöst von den eigentlichen Verhandlungen über den nächsten Finanzrahmen 2013–2020. Im Idealfall sollten die Ergebnisse des Konsultationsprozesses über eine Sammlung nationaler und sektoraler Partikularinteressen hinausgehen. Worauf man hoffte, waren gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen, vor die sich die EU gestellt sieht.

Dahinter stand die Vorstellung, dass eine öffentliche Konsultation im Kreis der Mitgliedstaaten das gegenseitige Verständnis für nationale Ziele, Interessen und Beschränkungen wachsen lässt und damit auch die späteren Finanzverhandlungen weniger konfliktreich ablaufen können. Die Konsultation sollte demnach vor allem dem Zweck dienen, ein gemeinsames Bewusstsein für spezifische Anliegen zu entwickeln. Auf dieser Grundlage würde man anschließend entscheiden, wie das Einnahmen- und Ausgabensystem der EU künftig zu gestalten ist.

In dieser den konkreten Finanzverhandlungen vorgesetzten Debatte sollte es laut Kommissionspräsident José Manuel Barroso keine Tabus geben – es gehe nicht vorrangig um Geld, sondern um eine Vision für das Europa der Zukunft. Allerdings stellt sich die grundsätzliche Frage, ob eine Konsultation der europäischen Öffentlichkeit ein angemessenes Instrument zur Eröffnung der Reformdiskussion darstellt. Schließlich haben sich die Beratungen über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU, das EU-Eigenmittelsystem und die Ausgabenpolitik zu einem der komplexesten Verhandlungsprozesse in der Europäischen Union entwickelt. Angesichts der Vielfalt der Reaktionen ist die kritische Nachfrage berechtigt, ob alle Wortmeldungen den gleichen Einfluss auf die Meinungsbildung des Kommissionskollegiums haben sollen. Kommt also der Stellungnahme des deutschen Bundesrates dieselbe Bedeutung zu

wie den Anmerkungen der australischen Regierung (die sich auch beteiligte) oder jenen des Europaforums aus Nordschweden? Will die Kommission aus dem öffentlichen Konsultationsprozess eine eigene, politisch kohärente Position ableiten, wird sie nicht umhinkommen, im weiteren Verfahren eine Gewichtung der eingegangenen Beiträge vorzunehmen. Die Kriterien, an denen sie sich dabei orientiert, werden jedoch ihrer diskretionären Politik vorbehalten bleiben.

In ihrem Konsultationspapier rückte die Kommission drei Fragen in den Vordergrund:

- ▶ das Verhältnis von Stabilität und Flexibilität in dem siebenjährigen Finanzrahmen, also die Frage nach der Vorhersehbarkeit und der Anpassungsfähigkeit der Haushaltsansätze;
- ▶ die Bedeutung eines möglichen europäischen Mehrwerts, der zum Maßstab für eine reformierte Ausgabenpolitik werden könnte;
- ▶ die Reform des europäischen Eigenmittelsystems und des Systems der Rabatte und Korrekturen.

Weil das EU-Budget – wie jeder nationale Haushalt auch – ein wesentliches Instrument zur Politiksteuerung und zur Umsetzung der selbstgesteckten Ziele darstellt, formulierte die Kommission in ihrem Konsultationspapier eine lange Liste politischer Herausforderungen, aus denen sich die künftigen Schwerpunkte der europäischen Politik ergeben sollen. Dazu gehört neben der fundamentalen Notwendigkeit, angeichts der Globalisierung die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu wahren, auch der zunehmende Migrationsdruck auf den Kontinent. Die Kommission nannte zudem die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die europäischen Gesellschaften, die Folgen des Klimawandels, die Gefahren von organisierter Kriminalität und internationalem Terrorismus sowie die Konsequenzen der wirtschaftlichen und sozialen Disparitäten innerhalb der EU. Darüber hinaus verwies sie auf die weltweit gestiegenen Erwartun-

gen an die Europäische Union als Akteur in der internationalen Politik. Damit hatte die Kommission – ohne eine Gewichtung vorzunehmen – das gesamte Spektrum möglicher Herausforderungen und Erwartungen an die EU und ihre Mitgliedstaaten abgesteckt. Sie leitete daraus die Forderung ab, dass die EU mit ausreichenden finanziellen Ressourcen ausgestattet wird, um auf die neuen Anforderungen vorbereitet zu sein und die Erwartungen der Bürger an eine effiziente europäische Politik erfüllen zu können.

Hinsichtlich der Einnahmenseite betonte das Konsultationspapier, dass die Budget-Überprüfung dem System der EU-Eigenmittel besondere Aufmerksamkeit widmen müsse. Dennoch blieb die Kommission mit entsprechenden Vorschlägen zurückhaltend; insbesondere vermied sie den Begriff der EU-Steuer. Auffallend an dem Papier ist, dass es die für den EU-Haushalt durchaus wichtige Frage der Aufnahme neuer Mitglieder unerwähnt lässt. Es bleibt offen, ob die Kommission eine neuerliche Erweiterung bis zum Jahr 2020 ausschließt.

Ohnehin kann die noch bis zum Spätsommer 2009 amtierende Kommission nur einen wichtigen Zwischenschritt im Prozess der Haushaltsüberprüfung vollziehen. Sie wird aber keinesfalls einen Entwurf für einen neuen mehrjährigen Finanzrahmen für den Zeitraum ab 2014 oder detaillierte Vorschläge zum Gesamtumfang des nächsten Finanzrahmens und zur Aufschlüsselung auf Haushaltlinien vorlegen. Dies wird der im Herbst 2009 neu zu berufenen Kommission vorbehalten bleiben.

Schwerpunkte der Stellungnahmen

Insgesamt liegen derzeit rund 250 Stellungnahmen vor. Sie werden von der Kommission sechs verschiedenen Kategorien zugeordnet: öffentlicher Sektor und nationale Regierungen, privater Sektor, regierungsunabhängige Organisationen, Bürger, Universitäten/Wissenschaftler sowie andere. Auffallend ist das regionale Ungleichgewicht der Wortmeldungen. Deutlich unterrepräsentiert sind Reaktionen aus den

neuen und den südeuropäischen Mitgliedstaaten und damit aus dem Kreis der potentiellen Nettoempfänger. Hinzu kommt, dass Regionen und Kommunen sich sehr stark an der Konsultation beteiligt haben; zurückhaltender zeigten sich dagegen nationale Parlamente und deren Fraktionen.

Positiv zu bewerten ist das relativ breite Engagement von Nichtregierungsorganisationen, Interessenvertretern und Verbänden. Selbstverständlich nutzen diese Gruppen die Möglichkeit der Konsultation, um für ihre sektoralen Interessen zu werben. Sie sehen hier die Chance, eine Neuausrichtung der Ausgabenprioritäten und eine stärkere finanzielle Förderung ihrer besonderen Anliegen aus dem EU-Haushalt einzufordern. Dabei hält sich bei den Lobbyvertretern die Zahl der Stellungnahmen zugunsten von Wirtschafts- und Industrieinteressen in etwa die Waage mit Papieren von Gewerkschaften und Sozialverbänden sowie Umwelt- und Naturschutzgruppen und Agrarverbänden.

Die signifikante Häufung der Stellungnahmen – insbesondere von den nationalen Regierungen – in den letzten Tagen vor dem ursprünglichen Ablauftermin der Konsultationsphase erlaubt zwei mögliche Schlussfolgerungen: Zum einen könnte diese Häufung auf einen intensiven interministeriellen Diskussions-, Abstimmungs- und Koordinierungsprozess innerhalb der Regierungen hindeuten, der rund ein halbes Jahr in Anspruch genommen hat und eben nicht schneller abzuschließen war. Diese Vermutung ist angesichts der eingespielten Koordinierungsmechanismen der Regierungen allerdings wenig plausibel. Eine andere Erklärung erscheint einleuchtender: Die Haushaltsüberprüfung wird als Auftakt der Verhandlungsrunde zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2013–2020 verstanden. Die nationalen Administrationen unterscheiden demnach nicht zwischen konkreten Finanzverhandlungen und der Debatte über einen grundsätzlichen Reformbedarf, die relativ offen angelegt sein sollte. Damit werden sie der ursprünglichen Intention der Staatschefs

nur begrenzt gerecht: Bei dieser Revision sollte es eigentlich darum gehen, unbelastet vom Blick auf die Details der Finanzströme eingefahrene Strukturen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu verändern. Es zeichnet sich allerdings ab, dass die Finanzverhandlungen erst dann ernsthaft aufgenommen werden, wenn eine neue EU-Kommission bis 2010/11 ihren mit Haushaltssätzen unterlegten Vorschlag zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vorlegen wird.

Nicht ohne Grund verweisen sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen Luxemburgs und Frankreichs in ihren Reaktionen darauf, dass es sich bei der Haushaltüberprüfung um einen mehrjährigen Prozess handle und die nun abgegebene Stellungnahme keine bindende Positionierung für die später anstehenden Finanzverhandlungen darstelle. Und nicht ohne Grund hat sich die britische Regierung, auf deren Betreiben der Revisionsprozess überhaupt erst ins Leben gerufen wurde, noch nicht mit einer eigenen Stellungnahme in die Konsultation eingeschaltet. Dennoch ist es zweifellos ein großer Vorteil dieses Konsultationsprozesses, dass die Mehrzahl der Mitgliedstaaten ihre nationalen Maximal- und Minimalverhandlungspositionen bereits zu Beginn formuliert und offen gelegt hat.

Umgekehrt ist es allerdings gerade diese Transparenz, die weitere taktische Erwägungen auslösen muss. Bei welchen Positionen handelt es sich um unverrückbare, »echte« nationale Interessen und welche sind aus taktischen Erwägungen eingebbracht, im Prinzip also verhandelbar? Die Unterscheidung zwischen taktischen Rückfallpositionen und inhaltlich begründeten Festlegungen ist also eine Aufgabe, der sich die Kommission, aber auch die Regierungen bei der Vorbereitung der nächsten Schritte annehmen müssen.

Für die Kommission wird es von der Interpretation der Stellungnahmen abhängen, wie groß die potentielle Schnittmenge der vorliegenden Positionierungen ausfällt und welche Reformvorschläge eine realis-

tische Perspektive auf Umsetzung haben. Allerdings ist die Europäische Kommission kein neutraler Makler oder distanzierter Beobachter, sondern selbst ein interessengeleiteter Teilnehmer am Verhandlungsprozess. Auch sie stellt taktische Erwägungen an, auch sie verfolgt institutionelle Eigeninteressen. Diese spielen zweifellos eine Rolle, wenn die Kommission zu prüfen hat, welche Stellungnahmen von anderen Akteuren (Verbänden, Parteien und gesellschaftlichen Gruppen) sie in welchem Maße in ihre eigenen Überlegungen aufnimmt.

Vier Leitmotive auf der Ausgabenseite

Zu einer entscheidenden Messlatte für die Diskussion über eine adäquate Mittelausstattung der EU dürfte die *Begründung eines europäischen Mehrwerts* werden. Bislang ist offen, worin ein solcher Mehrwert bestehen und wie man ihn messen könnte. In den Stellungnahmen werden sehr unterschiedliche und teilweise gegensätzliche Kriterien zu seiner Definition aufgeführt.

Die Bundesregierung benennt folgende Mehrwertindizes: ein gemeinsames Interesse der Mitgliedstaaten, Kostenvorteile, das Erreichen einer kritischen (Finanz-) Masse, eine erhöhte Effizienz, die Vergrößerung des Anwendungsbereiches eines Grundrechts oder einer Grundfreiheit, eine positive Kosten-Nutzen-Abwägung und die Verhinderung einer Fragmentierung von Binnenmarkt oder europäischem Rechtsraum. Andere Mitgliedstaaten fügen dieser Liste weitere Kriterien hinzu, wie die Vermeidung von Duplizierungen und Parallelstrukturen, die Anstoßwirkung gemeinsamer Maßnahmen für eigenständige Politiken, den gesamteuropäischen Effekt und die Steigerung gemeinsamer Verhandlungsmacht im internationalen Rahmen.

Einige Empfängerländer argumentieren dagegen, dass die Orientierung am europäischen Mehrwert keinesfalls die bestehenden Gemeinschaftspolitiken in Frage stellen dürfe. Gerade diese integrierten

Politiken (die Gemeinsame Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik) seien beispielhaft für den erreichten europäischen Mehrwert – dessen Höhe zeige sich am Ausmaß der Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken aus dem EU-Haushalt. Umgekehrt schließe deshalb gerade das Ziel des europäischen Mehrwerts eine Ko-Finanzierung dieser Aufgabenbereiche mit nationalen Haushaltsummitteln aus.

Die unterschiedlichen Auffassungen darüber, was unter dem Begriff des europäischen Mehrwerts zu verstehen ist, und die zum Teil gegensätzlichen Kriterien zu seiner Operationalisierung bestätigen die Schlussfolgerung, dass es sich hier um die Definition eines qualitativen Instruments handelt. Ein europäischer Mehrwert ist jedenfalls kaum quantitativ bestimmbar oder messbar. Umstritten ist auch die Frage, ob er zwangsläufig zu einer europäischen Förderpolitik und zur Bereitstellung von EU-Haushaltsummitteln führen muss. Häufig, so der Einwand einiger Regierungen, seien europäische Rechtsetzung und regulative Politik ausreichend oder sogar besser. Das Konzept des europäischen Mehrwerts sei deshalb auch stets unter Berücksichtigung der Prinzipien von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zu bewerten. Letztlich bleibt die Bestimmung des europäischen Mehrwerts und die damit einhergehende Zuordnung der Finanzmittel eine politische Entscheidung.

Als weiteres Leitmotiv zeichnet sich die Diskussion über den richtigen *Ansatz für die Finanzverhandlungen* ab. Hier stehen sich ein »bottom up«- und ein »top down«-Modell gegenüber. Der »bottom up«-Ansatz, der im Positionspapier der ungarischen Regierung skizziert wird, sieht vor, dass die Höhe der angesetzten Haushaltsumittel dem Ausmaß der politischen Herausforderungen und vereinbarten Zielen entsprechen soll. Dagegen fordern die Befürworter des »top down«-Ansatzes – unter anderem die Bundesregierung –, dass zunächst das Gesamtumfang des EU-Haushalts fixiert und diese Summe dann auf die vereinbarten politischen Ziele und Vorhaben verteilt wird. Dieses

Vorgehen verlangt also eine vorherige Verständigung auf politische Prioritäten (und dementsprechend auch Posterioritäten). Allerdings ist eine politische Prioritätensetzung grundsätzlich überall dort erforderlich, wo begrenzte Mittel konkurrierenden Zielen zugewiesen werden müssen. Insofern erscheint der »bottom up«-Ansatz als verhandlungstaktisches Instrument, um Prioritäten großzüig bestimmen zu können und sich im Verlauf der Finanzverhandlungen die grundsätzliche Möglichkeit offenzuhalten, das Gesamtumfang des EU-Budgets zu erhöhen.

Eine Reform des EU-Haushalts – ob nun durch eine Mittelumschichtung nach dem »top down«-Ansatz oder durch eine Erhöhung des Volumens als Konsequenz des »bottom up«-Prinzips – erfordert zu ihrer Legitimation stets ein übergeordnetes politisches Ziel oder die Bestimmung einer fundamentalen (am besten neuartigen) gemeinschaftlichen Herausforderung. Frühere legitimierende Projekte waren 1988 die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, 1992 die Vorbereitung der Wirtschafts- und Währungsunion und 1998 die anstehende EU-Osterweiterung. Auch für die nun beginnende Revisionsdebatte wird ein entsprechendes Leitmotiv erkennbar: die Orientierung der Ausgabenpolitik an der *Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung*.

Der erste Versuch, die Lissabon-Strategie als Legitimationsgrundlage in den Vordergrund zu rücken, erwies sich in den Finanzverhandlungen 2005/06 als aussichtslos. In den nun vorgelegten Stellungnahmen deutet sich jedoch an, dass der richtige Zeitpunkt gekommen sein könnte: Offenbar besteht die Chance, dass die Lissabon-Strategie zur gemeinsamen politischen Integrationsaufgabe werden und der Reform der europäischen Ausgabenpolitik die erforderliche Berechtigung verleihen kann. Um das EU-Budget stärker als bisher an den Zielen der Strategie auszurichten, sollen – so eine mehrfach erhobene Forderung – zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung, Innovationen, Bildung und Ausbil-

dung eingeplant werden. Umstritten sind jedoch weitere, ebenfalls unter dem Begriff Lissabon-Strategie subsumierte Projekte, wie die Sicherung des europäischen Sozialmodells, der Ausbau von Infrastruktur oder die Förderung der Attraktivität des Unternehmensumfeldes.

Einige Mitgliedstaaten stellen dem Legitimationsprojekt Lissabon-Strategie das Prinzip der innergemeinschaftlichen Solidarität entgegen, das sich damit als weiteres Leitmotiv der Revisionsverhandlungen abzeichnet. Gerade die neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa sowie die Kohäsionsländer unter den alten Mitgliedstaaten begründen ihre Forderung nach Sicherung und Ausbau der europäischen Kohäsionspolitik mit dem gemeinschaftlichen Solidaritätsprinzip. Dazu gehört auch der Anspruch der Beitreittsländer, in der nächsten Finanzperiode gleichberechtigt in das System der Direktzahlungen in der Gemeinsamen Agrarpolitik aufgenommen zu werden. Ab 2020, so heißt es etwa in der Stellungnahme der rumänischen Regierung, könnte deshalb auch eine Erhöhung der gegenwärtigen Eigenmittelobergrenze von 1,24 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Europäischen Union erforderlich werden, wodurch das zur Verfügung stehende maximale Finanzvolumen deutlich ausgeweitet würde.

Es wird für den Erfolg der weiteren Revisionsdebatte entscheidend darauf ankommen, dass die beiden in den Stellungnahmen als Legitimationsträger auftauchenden Großprojekte – die Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie das Prinzip der Solidarität in Form der europäischen Kohäsionspolitik – sinnvoll miteinander verbunden werden. Diese beiden Prinzipien sollten die Regierungen nicht als gegensätzlich, sondern als komplementär verstehen und durch eine substantielle, projekt- und zielbasierte Operationalisierung entsprechend umsetzen. Eine undifferenzierte Gegenüberstellung von vermeintlich modernen Politiken (wie den Lissabon-Politikfeldern Forschung, Entwicklung, Innovation oder Energie) und

angeblich veralteten Gemeinschaftspolitiken (wie Gemeinsamer Agrarpolitik und Kohäsionspolitik) fördert dagegen eher den Konflikt. Redistributive und allokativer Elemente der europäischen Ausgabenpolitik müssen so miteinander verknüpft werden, dass die EU insgesamt nach außen wettbewerbsfähiger wird und im Inneren kohärenter agieren kann.

Reformideen auf der Einnahmenseite

Auf der Einnahmenseite zeichnet sich als kleinerster gemeinsamer Nenner die Streichung der Mehrwertsteuer-Eigenmittelquelle ab. Dies bedeutet eine weitere Aufwertung der BNE-Eigenmittelquelle, die bis 2013 mit einem Anteil von 74 Prozent zur Finanzierung des EU-Budgets beitragen wird. Die BNE-Eigenmittel sollen nach den Vorstellungen der meisten Mitgliedstaaten künftig als einzige Einnahmequelle neben den stetig rückläufigen traditionellen Eigenmitteln (Zolleinnahmen und Agrarabschöpfungen) stehen. Mit dieser sich abzeichnenden Einigung wird das System der EU-Finanzierung einfacher und transparenter werden – aber eben auch »beitragsbasiert« ausgestaltet und damit intergouvernementaler.

Gegen den von Kommission und Europäischem Parlament ventilerten Vorschlag zur Einführung einer neuen Eigenmittelquelle in Form einer EU-Steuer deutet sich massiver Widerstand an. Während sich einige Regierungen (Österreich, Finnland, Italien, Ungarn, Luxemburg) für die Prüfung des Vorschlags aussprechen und damit die Frage einer EU-Steuer zumindest mittelfristig auf der europäischen Tagesordnung belassen wollen, halten andere Regierungen (Deutschland, Dänemark, Slowakei, Bulgarien) diese Überlegungen für inakzeptabel. Eine deutliche Mehrheit spricht sich auch gegen jegliche Korrekturmechanismen auf der Einnahmenseite aus – dies richtet sich sowohl gegen den britischen Sonderrabatt als auch gegen Überlegungen, mit Hilfe eines Allgemeinen Korrektur-

mechanismus (AKM) die Nettosalden der größten Beitragszahler bei einer zuvor vereinbarten Obergrenze zu kappen. Deshalb spricht vieles dafür, dass das Eigenmittelsystem durch die Streichung der Mehrwertsteuer-Eigenmittelquelle zwar zunächst etwas an Transparenz gewinnt, dieser Effekt aber sofort wieder zunichtet wird durch ein System von Ad-hoc-Korrekturmechanismen, das unvermeidlich ist, um die gegensätzlichen Interessen von Nettozählern und Nettoempfängern auf der Einnahmeseite auszutarieren.

Konsultationen als Verfahren der Politiksteuerung

Der Konsultationsprozess zur Reform des EU-Budgets wird flankiert von zwei weiteren Konsultationen. Sie stehen in einem engen und unauflöslichen Zusammenhang mit der Haushaltsreform, denn sie betreffen die beiden größten Ausgabenblöcke der EU – die europäische Kohäsions- und Strukturpolitik sowie die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Der Konsultationsprozess zur Zukunft der EU-Kohäsionspolitik endete am 31. Januar 2008, die Konsultation zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik, der sogenannte *Health Check*, am 15. Januar (vgl. SWP-Aktuell 29/2008).

Der »GAP-Gesundheitscheck« soll eine begrenzte Anpassung bzw. Nachbesserung der Gemeinsamen Agrarpolitik vornehmen und den Landwirten finanzielle Planungssicherheit bis 2013 gewähren, ohne dabei die 2008/09 anstehende Haushaltsüberprüfung zu präjudizieren. Mit der Veröffentlichung der agrarpolitischen Legislativvorschläge am 20. Mai ist der *Health Check* inzwischen von der Diskussions- in die Rechtsetzungsphase getreten. Die nun auszuhandelnden Verordnungen können faktisch zu einer wirksamen Festigung des Status quo führen – auch über das Jahr 2014 hinaus. Die Agrarpolitiker sämtlicher Mitgliedstaaten haben sich, bei allen Differenzen im Detail, bereits darauf verständigt,

dass bis 2014 keine Veränderungen vorgesehen oder auch nur möglich sind. Damit schotten sie einerseits den *Health Check* gegen Reformüberlegungen aus der Haushaltsüberprüfungsdebatte ab, andererseits können sie auf diese Weise rechtliche Fakten zur Sicherung des finanziellen Status quo schaffen. So lassen die Überlegungen des französischen *Health-Check*-Memorandums vom Januar 2008 das politische Ziel erkennen, neue Rechtsgrundlagen zu vereinbaren (etwa für ein europäisches Risiko- und Krisenmanagement), die dann mit Mitteln aus dem EU-Haushalt umgesetzt werden müssten.

Die Konsultation zur Zukunft der europäischen Kohäsionspolitik startete die Kommission im September 2007, nachdem sie im Mai des Jahres den vierten Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der EU vorgelegt hatte. Eine zusammenfassende Auswertung der insgesamt 84 Stellungnahmen durch die Kommission ist für diesen Juni vorgesehen. Allerdings zeichnet sich schon jetzt ab, dass diese Reformdebatte unmittelbar nach dem Anlaufen der Förderperiode 2007–2013 noch etwas zu früh kommt, um auf der Grundlage gesicherter Erfahrungen mit den neuen Förderinstrumenten den Reformbedarf sinnvoll bestimmen zu können.

Beide Konsultationsprozesse zielen explizit auf Anpassungen und Modifikationen, nicht auf eine grundlegende Reform der beiden wichtigsten Gemeinschaftspolitiken, für die zusammen rund 80 Prozent des Budgets ausgegeben werden. Mittelumschichtungen, neue Förderprioritäten oder gar Kürzungen sind nicht vorgesehen. Allerdings können auf beiden Politikfeldern auch kleinere Anpassungen durchaus spürbare finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen. Eine inhaltliche Koordinierung der drei Konsultationsforen wird also dringlicher werden, will man Vorfestlegungen in der Kohäsions- und Agrarpolitik verhindern.

Perspektiven

Bei der eigentlichen Haushaltsüberprüfung wird es nun darum gehen, die sich abzeichnende Beharrungspolitik aufzubrechen. Die wohl einmalige Chance, die Strukturen des EU-Budgets einer grundsätzlichen Beurteilung zu unterziehen, sollte genutzt werden. Damit bietet sich nämlich eine Möglichkeit, die negativen Folgen zu minimieren, die sich aus dem *juste-retour*-Denken und der Beurteilung politischer Veränderungen anhand des nationalen Nettosaldos ergeben.

Ansonsten besteht weiterhin die Gefahr der Verfestigung einer Politik, die nur der Logik des Nettosaldos folgt und langfristig zu einer Perforierung des Eigenmittelsystems und der Ausgabenpolitik durch ein »System der Aushilfen« und der Ad-hoc-Korrekturen führt. Denn das Denken in Nettosalden – das sich allein daran orientiert, wie viel Geld aus dem nationalen Haushalt nach Brüssel abgeführt wird und wie viel davon zurückfließt – hat zur Folge, dass für die Definition der Ausgaben nicht die gemeinsamen Interessen und Ziele entscheidend sind, sondern die jeweiligen Auswirkungen auf die nationalen Etats. Dadurch wächst die Gefahr, dass sich auf der Ausgabenseite politische Prioritäten verfestigen, die dann nur noch durch Sonderregelungen und Rabatte auf der Einnahmenseite korrigiert werden können. Der erweiterten EU drohen damit Verteilungskonflikte, die zu einer noch stärkeren Blockbildung zwischen Geber- und Nehmerländern führen und durchaus auch Konsequenzen für andere Politikbereiche haben dürften.

Zwar befindet sich die Bundesregierung bei der Haushaltsüberprüfung nicht in der Rolle eines Demandeurs für Veränderungen; vielmehr bestimmen die Nettozahler am Ende der Verhandlungen, wie viel Geld der EU letztlich zur Verfügung stehen wird. Allerdings könnte sich Deutschland – als Mitgliedstaat in der Mitte des Kontinents – bei anderen politischen Projekten der EU des Öfteren in der Rolle des Bittstellers wiederfinden, der um europäische Lösungen nachsucht. Betreffen könnte dies den

weiteren Ausbau des europäischen Binnenmarktes (zum Beispiel bei verbesserten Verkehrsinfrastrukturen und bei Interkonnektivitätsprojekten im Energiebereich), die Verhinderung des schädlichen Steuerwettbewerbs durch Vereinbarung von Mindeststandards, den Schutz der EU-Außengrenzen, die Sicherung von Energielieferungen oder die Umsetzung der europäischen Klimaziele.

Die jetzt in eine heiße Phase eintretende Grundsatzdiskussion über die Prioritäten, die Struktur und die Instrumente des EU-Haushalts sollte genutzt werden, um gemeinsame politische Ziele zu vereinbaren, die über die Periode eines Finanzrahmens hinausreichen. Die Ausrichtung an der Lissabon-Strategie könnte ein Eckpfeiler für diese Debatte sein – allerdings nur, wenn dieses Projekt mit den Prinzipien der innergemeinschaftlichen Solidarität und Kohäsion verbunden wird. Sollte die Möglichkeit, befreit von taktischen Zwängen zu diskutieren, ungenutzt bleiben, dürfte dieser Überprüfungsprozess ein singuläres Ereignis bleiben.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-00
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Anlage:

**Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie
Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden (Stand: 16.6.2008)**

<i>Land</i>	<i>Seite</i>	<i>Deutschland: Institution/Partei/Verband</i>	<i>Seite</i>
Bulgarien	10	Bundesregierung	22
Dänemark	10	Bundesrat	23
Estland	10	SPD-Bundestagsfraktion	23
Finnland	11	CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag	24
Frankreich	11	Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	25
Griechenland	12	FDP-Bundestagsfraktion	25
Italien	12	BDI/BDA	26
Lettland	13	DIHK	26
Litauen	13	Bundesverband öffentlicher Banken	26
Luxemburg	14	Diakonisches Werk der EKD	27
Niederlande	14	Freie Wohlfahrtspflege	27
Österreich	15	WWF, NABU, DNR	27
Polen	16	BUND	28
Portugal	17		
Rumänien	18		
Slowakei	19		
Tschechische Republik	19		
Ungarn	20		
Zypern	21		

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabenprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
Bulgarien	Haushaltsüberprüfung als Grundlage für die politischen Prioritäten der EU 2014-2020 Prinzipien: Haushaltsdisziplin, Transparenz, Lastenteilung, Solidarität, europäischer Mehrwert und Flexibilität	Prioritäten sollen Kohäsion und Lissabon-Strategie sein Kohäsion als Solidaritätspolitik; Konzentration auf die ärmsten Länder; Strukturfonds für Ziel der Lissabon-Strategie nutzen GAP: 1. und 2. Säule belassen Weitere Prioritäten: Außenpolitik, Innen- und Rechtspolitik	Prinzipien: Transparenz, Effektivität und ausreichende Finanzierung; nur noch eine BNE-Eigenmittquelle, die sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten bemisst; keine EU-Steuer; keine Rabatte od. Korrekturmechanismen	
Dänemark	Lissabon-Strategie als zentrales Element der Überprüfungsdiskussion; erfordert Reformen, um Nettosaldodenken der Mitgliedstaaten und das Festhalten an historischen Entwicklungen zu überwinden; stärkere und verbesserte Evaluation erforderlich	GAP: größte Reformaufgabe, weil gekennzeichnet durch künstlich überhöhte Preise und ein stetiges Vertagen der Strukturreformen; Direktzahlungen sollten bis 2025 ganz auslaufen Kohäsion: Solidaritätspolitik, Konzentration auf ärmerste Regionen Globale Verantwortung der EU: mehr Geld für GASP und Entwicklungspolitik	Konzept des europäischen Mehrwerts als zentrales Prinzip; Umschichtung der freien Gelder aus der Reform der 1. GAP-Säule auf Politiken, die einen europäischen Mehrwert schaffen und Wachstum fördern, d.h. auf Lisbon-Politiken (F&E, Energie, Klima, Entwicklung und Bildung)	EU-Steuer ist nicht akzeptabel; denkbar ist dagegen Reform der BNE- und der MwSt-Eigenmittelquelle; keine Rabatte, insbesondere kein GB-Sonderrabatt
Estland	Beibehaltung der siebenjährigen Laufzeit (aber Bereitschaft, über Verlängerung oder Verkürzung zu verhandeln); bestehende Flexibilitätsmechanismen sind angemessen; neues Finanzinstrument für Krisen od. Katastrophen erforderlich	Verbesserung der Effizienz der Ausgabenpolitik und Modernisierung des Instrumentariums; Vereinfachung der Mittelverwaltung; mehr Transparenz durch Einbeziehung aller EU-Ausgaben (auch Europäischer Entwicklungsfonds); stärkere Orientierung an neuen Herausforderungen wie Globalisierung, Demographie und Klima	Abwägung, welches Instrument am besten geeignet ist, um auf eine Herausforderung zu reagieren – Finanzmittel od. Regulierung bzw. Gesetzgebung, EU-Finanzmittel od. nationale Gelder;	Vereinfachung des Eigenmittelsystems; mehr Transparenz und mehr Beitragsgerechtigkeit Abschaffung der MwSt-Eigenmittel
		4 Prioritäten: 1. Bildung, F&E, TEN, Kohäsion, 2. Umwelt und Landwirtschaft, 3. interne Politiken (Migration, Gesundheit), 4. GASP	wichtigstes Kriterium ist die gesamteuropäische Wirksamkeit (diese ist gegeben bei Infrastruktur und Kohäsion)	

Estland

nisierung des Systems der Direktzahlungen
 Kohäsion: Konzentration der Strukturfonds auf
 ärmste Regionen

	Finnland	Einnahme- und Ausgaben- seite gemeinsam reformieren; klare Abgrenzung zwischen nationaler und EU-Finan- zierung; nicht alle Herausforderungen erfordern zusätzliche Gelder; strikte Haushaltsdisziplin u. verbessertes Finanzmanage- ment	Umschichtung des Budgets auf Wachstum, Wett- bewerbsfähigkeit und Innovation, d.h. gemäß Lissabon-Strategie; mehr Geld für F&E, Bildung, Innovation (5. Binnenmarktfreiheit) GAP; stärkere Marktorientierung, Direktzahlungen nach Fläche, nicht nach historischen Erträgen; Ausbau der 2. Säule; neuer Krisenmanage- mentmechanismus <i>Kohäsion:</i> stärkere Ausrichtung auf Wettbewerbs- fähigkeit; Steigerung der Effektivität; Konzentration auf ärmste Regionen; Fortsetzung der Förderung der dünnsiedelten nordischen Gebiete; Verwaltungs- vereinfachung <i>Weitere Prioritäten:</i> GASP, Energie/Klima	Deutlichster Mehrwert liegt in der Umsteuerung des Haushals auf Lissabon- Strategie und Binnenmarkt <i>Mehrwert-Kriterien:</i> euro- päischer Charakter, »econo- mies of scale«, Verhandlungs- macht und Erreichbarkeit der Ziele	Abschaffung der MwSt- Quelle; Einführung einer EU-Steuer prüfen; keine Rabatte und Korrektur- mechanismen
	Frankreich	Stellungnahme ist keine Vorstellung im Hinblick auf die Verhandlungen über den Finanzrahmen 2013- 2020; <i>Leitprinzipien:</i> Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit	<i>Reaktion der EU auf neue Herausforderungen:</i> Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäfti- gung; Energie und Klima; Nachhaltigkeit und Umweltschutz; Kohäsionspolitik; soziale Dimension und Demographie; GAP; Innen- und Justizpolitik, insbesondere Migration; Außenpolitik	Mehrwert soll sich an öko- nomischen Kriterien orien- tieren; Verhinderung von Marktstörungen; Effizienzgewinne; Verbreitung guter Praktiken	BNE-Eigenmittelquelle bleibt in jedem Fall notwendig; MwSt-Quelle ist zu hinter- fragen; Diskussion über EU- Steuer; Abschaffung aller Rabatte und Korrekturmechanismen

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabenprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rahmen u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
Griechenland	2 Leitprinzipien: a) ausreichende Mittelausstattung und b) Solidarität; ausreichende finanzielle Ausstattung der neuen Gemeinschaftspolitiken (Klima, Tourismus, Zivilschutz); Stärkung der Bereiche Energie, Migration und Asyl, Sozialklausel); umfassender »bottom up« Ansatz	Ziel: Neue und alte Gemeinschaftspolitiken angemessen finanzieren (mit Hinweis auf Artikel 269 EG-Vertrag) GAP; an europäischem Agrarmodell festhalten; Stärkung der 2. Säule nicht zu Lasten der 1. Säule, sondern mit Hilfe zusätzlicher Gelder Lissabon-Strategie: Orientierung an europäischem Sozialmodell als Wachstumsfaktor; F&E-Ausgaben nach Exzellenz und Kohäsionskriterien; Weitere Prioritäten: Klima und Umweltschutz; Migration und GASP	Erforderlich ist die Suche nach einer gemeinschaftlichen Definition des europäischen Mehrwerts; diese Definition darf die vorhandenen Gemeinschaftspolitiken nicht in Frage stellen, vielmehr sind diese Gemeinschaftspolitiken ein Beispiel für Mehrwert	Leitprinzipien: Einfachheit, Transparenz des Systems, Gerechtigkeit, Stabilität; Eigenmittel nach relativem Wohlstand der Mitgliedstaaten; derzeit ist Eigenmittelsystem vorteilhaft f. reiche Mitgliedstaaten; Berechnung der BNE-Eigenmittel nach Wohlstand/Kopf; keine Rabatte, keine Korrekturmechanismen
Italien	Haushaltsüberprüfung als offene Debatte über Prioritäten und Struktur der Ausgabenpolitik sowie die nachhaltige Reform des Eigenmittelsystems	Ziel der Reform: sich gegenseitig verstärkende Impulse für Wachstum; Finanzierung europäischer öffentlicher Güter	Reform der Ausgabenstruktur (Rubriken) fortsetzen und konsolidieren Ausgabenprioritäten: mehr Geld für Lissabon-Strategie; EU-Budget hat eine ergänzende Funktion in Bereichen F&E, Innovation, KMU-Förderung, Bildung, TEN, Energie und soziale Inklusion Kohäsion: Solidaritätspolitik, Orientierung an Lissabon-Strategie; GAP; Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit; Ko-Finanzierung der Direktzahlungen Weitere Prioritäten: Energie/Klima (in F&E finanzieren); Migration und Asyl (finanzierung des Außenengrenzschatzes aus EU-Mitteln), GASP	Nettosaldodenken dominiert und sollte überwunden werden durch eine EU-Steuer z.B. auf CO ² -Ausstoß; Vereinfachung des Eigenmittelsystems durch Abschaffung der MwSt-Eigenmittel; »Phasing Out« der Korrekturmechanismen; AKM als zweitbeste Lösung

Lettland	Unbestreitbarer Reformbedarf; EU braucht einen modernen Haushalt; Zurückhaltung ggü. mehr Flexibilität, z.B. durch erweiterte Verschiebung zwischen den Ausgabenrubriken; vorhandene Flexibilitätsmechanismen sind an- gemessen; Finanzierung und Notwendigkeit der Agenturen prüfen	Verbesserung der Effizienz und Effektivität der Ausgabenpolitik; Kohäsionspolitik als Zeichen des Solidaritätsprinzips; weiterhin angemessene Finanzierung GAP: Fortsetzung als Gemeinschaftspolitik; Fortsetzung der Modernisierung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Weitere Ausgabenpolitiken: Energie (Interkonnektivität); Umwelt/Klima (z.B. Wasserqualität); Transport (umweltfreundliche Fahrzeuge, Straßenbau); Bildung und Ausbildung, F&E, Migration&Asyl, GASP	Europäischer Mehrwert als zentrales Prinzip der Überprüfung	Prinzipien: fair, einfach, transparent, leicht zur verwalten
Litauen	Budgetreform ermöglicht Diskussion über die Zukunft der EU; Haushaltsvolumen sollte Prioritäten entsprechen Prinzipien der Budgetreform:	Prioritäten: a) Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit (F&E, Innovation v.a. in Konvergenzregionen, EU-Energiepolitik); b) Solidarität (Fortentwicklung der Kohäsionspolitik); c) Sicherheit (Außengrenzschutz, Migrationspolitik, ENP)	Kohäsionspolitik: Solidaritätspol.; Konzentr. auf ärmste Regionen; neue Herausforderungen sollen nicht Ziele ursprüngl. Kohäsionspolitik ersetzen; Verwaltungsvereinfachung (Reform des Additionalitätsprinzips) GAP: keine Renationalisierung; Reduzierung 1. Säule; aber auch Reform 2. Säule	Prinzipien: Transparenz, Effektivität, ausreichende Mittelbereitstellung; Abschaffung der MwSt-Eigenmittelquelle und Konzentration auf BNE-Eigenmittel; deutliche Ablehnung jeglicher Korrekturmechanismen und zusätzlicher EU-Steuern

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabenprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rahmen u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
Luxemburg	<p>Stellungnahme als Diskussionspapier; keinerlei Festlegung für die Finanzverhandlungen;</p> <p>Volumen des Finanzrahmens bei 1% EU-BNE als Minimum, damit die EU ihre Ziele erfüllen kann;</p> <p>Siebenjahreszeitraum erscheint angemessen, ebenso die Einteilung in fünf Ausgabenrubriken</p>	<p>Prioritäten: GASP, F&E; Klima/Energie; Umweltschutz; Justiz und Inneres;</p> <p>künftig mehr Geld für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, d.h. Ziel der Lissabon-Strategie</p> <p>Kohäsion = Solidaritätspolitik; Konzentration der Gelder verstärkt auf Ziele der Lissabon-Strategie</p> <p>GAP: Fortsetzung der 2003-Reform; keine Renationalisierung;</p> <p>Verwaltungvereinfachung durch Orientierung an Prinzipien der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit; Möglichkeit einer generellen Zusicherung über rechtmäßige Mittelverwaltung durch jeden Mitgliedstaat</p>	<p>BNE-Eigenmittel nach Wohlstand der Mitgliedstaaten berechnen;</p> <p>neue Eigenmittelquelle (EU-Steuer) prüfen, um Dominanz der Nettosaldo-Debatte zu verringern;</p> <p>Unterstützung des Zweistufen-Modells des EP zur Einführung einer EU-Steuer</p>	<p>Rahmen u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer</p>
Niederlande	<p>Reformbedarf auf Einnahme- und Ausgabenseite; Ziel ist eine grundsätzliche Reform und eine Modernisierung des Finanzrahmens ab 2014;</p> <p>Vorbereitung der EU auf die neuen Herausforderungen durch Globalisierung, Klimawandel, Demographie, Migration und Energieproblematisik; neue Prioritäten setzen und Effizienz und Transparenz der Haushaltsführung verbessern</p>	<p>Neue Prioritäten: europäische Wettbewerbsfähigkeit, Energie&Klima; Justiz und Inneres; Außenpolitik</p> <p>1. Energie&Klima: zusätzl. Mittel, wenn ökon. Mehrwert und Subsidiarität garantiert sind; Zusammenfassung aller Maßnahmen in einer Haushaltsrubrik;</p> <p>2. Kohäsionspolitik: Konzentration auf ärmste Regionen in den ärmsten Mitgliedstaaten; Ausgleich zw. reichen und ärmeren Staaten; reiche Staaten sollen ihre Strukturprobleme selbst lösen; mehr grenzüberschreitende Projekte; insgesamt substantielle Reduzierung d. Kohäsionspolitik im EU-Budget</p> <p>Drei Prinzipien: wirtschaftl. Mehrwert (auf der Grundlage einer Kosten-Nutzen-Analyse); Solidarität (mehr reiche Staaten sollten sich an Solidari-</p>	<p>Reformziel: faires, neues Eigenmittelsystem, das die Ungleichgewichte korrigieren muss; Beteiligung an der Finanzierung der EU auf der Grundlage des Wohlstandes;</p> <p>BNE-Eigenmittelquelle als alleinige Einnahmequelle; Ablehnung einer Erhöhung der Eigenmittelobergrenze und einer EU-Steuer</p>	<p>3. Marktorientierung der GAP auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation; Sicherheitsnetz für Krisenfälle; Reduktion der Direktzahlungen; nur noch Hilfen für nicht wettbewerbsfähige Landwirte in Problemgebieten (als soziale</p>

Niederlande	<p>tätsausgleich beteiligen); Begrenzung des Gesamt-volumens</p> <p>Aufgabe); Zahlungen für öffentliche Aufgaben (Naturschutz, Wassermanagement), wichtigere Rolle für Staaten und Regionen in der GAP; Möglichkeit der nationalen Ko-Finanzierung; Reduktion des Haushaltsanteils</p> <p>4. Außenpolitik: stärkere Rolle der EU (Konflikt-prävention, Krisenmanagement etc.); Stärkung von GASP und ESVP, ENP, Entwicklungspolitik</p> <p>5. Justiz u. Innenpolitik: Asyl- und Migrationspolitik; Kampf gegen org. Kriminalität; neues Finanzinstrument für Zusammenarbeit mit Drittstaaten</p>	<p>EU-weite Einnahmequelle (Besteuerung von Finanz-transaktionen, umwelt- od. verkehrsbezogene Steuern); Vereinfachung des Korrektur-mechanismus, d.h. AKM; Abschaffung der MwSt-Eigen-mittel</p>
Österreich	<p>Sicherung der strikten Haushaltsdisziplin;</p> <p>Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen durch Umstrukturierung zugunsten von Zukunftsinvestitionen; Verbesserung der Ausgaben-effizienz und Verringerung der Verwaltungskosten; Deckelung des Budget-volumens bei ungefähr 1% des EU-BNE (»top down«-Ansatz);</p> <p>»gender budgeting«</p>	<p>Stärkere Förderung neuer Prioritäten wie Lissabon-Strategie, Klima und Energie, TEN, GASP/EVP; solides Finanzmanagement und effektive Haushaltskontrolle, d.h. Entbürokratisierung und Vereinfachung der Mittelverwaltung, Verhindernung von Überschneidungen, Transparenz der Mittelvergabe und verbesserte Evaluierung, »fiscal governance« GAP: Reform der 1. Säule; verstärkte finanzielle Beteiligung der EU bei Förderung des ländl. Raums (2. Säule); keine zusätzliche Modulierung</p> <p>Kohäsionspolitik: Konzentration in reichen Mitglied-staaten auf Maßnahmen mit europ. Mehrwert; grundsätzliche Gleichbehandlung bei Förder-kriterien, teilweise auch zunehmend nach Exzel-lenzprinzip</p> <p>Lissabon-Strategie: Umschichtung zugunsten von For-schung, Entwicklung, Innovation, Bildung, Jugend-politik, Sozialagenda; vereinfachte Abwicklung</p>

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
Polen	<p>Haushaltsüberprüfung soll zugleich auch Debatte über die Zukunft der EU-Integration sein; EU-Budget soll v.a. für längerfristige Vorhaben vorgesehen werden; Beibehaltung der siebenjährigen Laufzeit des EU-Finanzrahmens; Weiterentwicklung des Budgets als konstanter Steuерungsprozess, ebenso wie die Weiterentwicklung der einzelnen Politiken</p> <p>Zentrale Ausgabenpriorität ist EU-Kohäsionspolitik, gefolgt von Klimawandel und Agrarpolitik, Lissabon-Strategie, Sicherheit; schrittweise Umorientierung der Ausgabenschwerpunkte nach 2014 (je kleiner der Haushalt, desto länger die Umstellungsdauer)</p>	<p>Nationale Ko-Finanzierung als Gefahr für den europ. Mehrwert</p> <p>Mögliche Kriterien: Anstoßwirkung für gemeinsame Vorhaben, Vermeidung von Duplizierung, Effektivität</p>	<p>BNF-Eigenmittelquelle ist keine gerechte Quelle, weil mit ihr zugleich der Druck zur Einführung von Korrekturmechanismen steigt – damit wird eine Tendenz verstärkt, bei der große und einflussreiche Mitgliedsstaaten weniger in den EU-Haushalt einzahlen;</p> <p>EU-Finanzierung sollte gemäß dem Integrationsnutzen für den Mitgliedstaat erfolgen (insb. Gewinner des Binnenmarkts);</p> <p>Beibehaltung der MwSt-Eigenmittelquelle und Steigerung ihrer Effizienz; alle Korrekturmechanismen und Rabatte sollten abgeschafft werden, denn Rabatte verstärken den degressiven Charakter des Eigenmittelsystems; keine Einführung eines AKM;</p> <p>Ziel ist eine wirkliche Eigenfinanzierung der EU</p>	

Portugal	<p>Reformdebatte für strategische Diskussion über die Entwicklung des Integrationsprozesses und der Gemeinschaftspolitiken nutzen; keine Verengung der Debatte auf Nettosaldo</p> <p><i>Fünf Leitprinzipien:</i> Mehrwert, Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit, Solidarität und ausreichende Mittel</p>	<p><i>Prioritäten:</i> Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit (F&E, Innovation, Bildung); maritime Politik, Umwelt, Energie, Migration, TEN; alle Schwerpunkte mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten</p> <p><i>Kohäsionspolitik:</i> Solidarität als höchster Wert; Konzentration auf ärmste Regionen und Staaten; Schwerpunkt peripherie Gebiete der EU ausbauen; Förderung von Humankapital und sozialer Inklusion</p> <p>GAP: Fortsetzung der Reformen (»Health Check«); Unterstützung der Modulation</p> <p><i>Lissabon-Strategie:</i> Rahmen für kohärente EU-Wirtschaftspolitik</p>	<p>Europ. Mehrwert als Leitprinzip und Grundwert der EU</p>	<p>Abschaffung aller Rabatte und Korrekturmechanismen; Abschaffung der MwSt-Eigenmittelquelle; EU-Steuer als langfristige Perspektive</p>
-----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rahmen u. Allgemeiner Korrekturmehanismus (AKM) / EU-Steuer
Rumänien	Vorrangiges Ziel ist, wirtschaftlich zum EU-Durchschnitt aufzuschließen – daher besonderes Interesse am EU-Kohäsionspolitik und GAP; derzeitige Eigenmittellobergrenze von 1,24% BNE ist noch ausreichend, aber für die Periode nach 2020 könnte Steigerung erforderlich werden (Erweiterung der EU); EU-Budget sollte moderne und flexible Struktur bekommen; mit der Einführung von Obergrenzen ging erforderliche Flexibilität verloren	Ausgewogene Förderung von Wettbewerbsfähigkeit einerseits, Kohäsion und Anschluss an den EU-Durchschnitt andererseits <i>Kohäsion:</i> zentrale Politik der EU-27 auch wg. Solidaritätsprinzip; Konzentration auf ärmste Regionen und Staaten; Erhöhung der Pro-Kopf-Förderintensität und effizientere Mittelverwendung; enge Anbindung an Ziel der Lissabon-Strategie (Förderung von Innovation und Erhöhung der Produktivität); Fondsverwaltung vereinfachen (Behliferecht, Umweltschutzprüfung u.ä.) <i>Lissabon-Strategie:</i> ebenfalls Schlüsselpolitik; nationale Spielräume belassen; stärkere Beachtung der sozialen Dimension GAP: Reformbedarf ab 2014; besondere Bedeutung für neue Mitgliedstaaten; Festhalten am System der Direktzahlungen auch nach 2016 (wenn Rumänien zu 100% in das System hineingewachsen sein wird); Landwirtschaft als europ. öffentliches Gut; Stärkung der 2. Säule; keine nationale Ko-Finanzierung der Direktzahlungen <i>Energie/Klima:</i> Kompensation für Lasten der EU-Klimaschutzpolitik (im Bereich Kohäsion) <i>Migration:</i> angemessene Leistungen aus EU-Budget für Außenengenzschutz <i>Demographie:</i> gemeinsame Herausforderung aller EU-Gesellschaften; Maßnahmen bedürfen der gemeinsamen Finanzierung aus dem EU-Budget	Europ. Mehrwert wird auch mit Kohäsionspolitik erzielt, z.B. bei den neuen Herausforderungen wie Klima, Demographie und Energiesicherheit Finanzierungsgerechtigkeit ist durch Berechnung nach ökonom. Entwicklung der Mitgliedstaaten gegeben; Streichung der MwSt-Quelle denkbar; Skepsis ggü. einer EU-Steuer; Ablehnung jeglicher Korrekturmechanismen; Netto-saldo-Denken ignoriert ökonomische Vorteile und die Anstrengungen der neuen Mitglieder, den <i>Acquis communautaire</i> zu erreichen	Eigenmittelsystem sorgt für ausreichende Finanzierung, es fehlt aber an Transparenz <i>Leitprinzipien:</i> Gleichheit, Effizienz, Transparenz, Einfachheit;

Slowakei	Bestehende Flexibilität des Budgets ist ausreichend	Ausgaben sollten dem Ziel der Verbesserung von Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum dienen, d.h. Bildung, Kohäsionspolitik, ländliche Entwicklung, GAP, Asyl- und Migrationspolitik, GASP; Veränderungen auf Ausgabenseite erst ab 2014 in zwei Stufen mit einer langfristigen Übergangsperiode bis 2020; Vereinfachung der Programmverwaltung, Verringerung der Verwaltungskosten; Dezentralisierung GAP: von 1. Säule umschichten auf Maßnahmen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit, z.B. Lebensmittelqualität Kohäsion: mindestens 35% des EU-Budgets	Gewünschte Kriterien: Effizienz, Effektivität, Zielerreichung, Mehrwert ggü. Maßnahmen der Mitgliedstaaten, strategische Prioritäten der EU, Subsidiarität und Solidarität	Vereinfachung des Eigenmittelsystems durch Abschaffung der MwSt-Quelle; keine EU-Steuer; Abschaffung aller Korrekturen und Rabatte
Tschechische Republik	Haushaltsüberprüfung als einzigartige Möglichkeit zur Anpassung des EU-Budgets an neue Herausforderungen; Ergebnis sollten Schlussfolgerungen des Europäischen Rates sein	Kohäsion als Schlüsselpriorität zur Förderung von Konvergenz und Solidarität; Konzentration auf ärmste Regionen und Mitgliedstaaten; Stärkung der territorialen Kohäsion (insb. grenzüberschreitende Kooperation); Synergie mit anderen Politiken stärken (ländl. Entwicklung, F&E) Lissabon-Strategie: Zentralist Stärkung des EU-Binnenmarktes (mehr Wettbewerb, Bürokratieabbau, Arbeitnehmerfreizügigkeit)	Leitprinzip der Haushaltsüberprüfung: EU-Maßnahmen sollen Mehrwert für Bürger schaffen	Prinzipien: Transparenz, Einfachheit, Effektivität; nur BNE-Eigenmittel und traditionelle Eigenmittel; Abschaffung der MwSt-Eigenmittel, keine EU-Steuer; keine Rabatte od. Korrekturmechanismen

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rahatte u. Allgemeiner Korrekturmehanismus (AKM) / EU-Steuer
Ungarn	<p>Umfassende Reform ist unbedingt notwendig; Nettosaldo-Denken als Hauptursache der Probleme Ziel: politikorientierter Haushalt</p> <p>›bottom up«-Ansatz: 1. Schritt: Definition der politischen Ziele; 2. Schritt: Festlegung der erforderlichen Politiken; 3. Schritt: Kalkulation des Finanzbedarfs; Festhalten an den Instrumenten von mehrjährigem Finanzrahmen und Jahreshaushalten, deren Zusammensetzen für Stabilität und Flexibilität sorgt; Wirksamkeit der Überprüfung ab 2014</p>	<p>Neue und alte Politiken müssen angemessen finanziert werden; dies wird durch eine Erhöhung des Finanzrahmens möglich</p> <p>Vier politische Ziele auf der Ausgabenseite:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Solidarität: Kohäsion als Instrument zur Vermeidung von Marktstörungen, deshalb im gemeinsamen Interesse der EU, steigert die Wettbewerbsfähigkeit der EU insgesamt b) Wettbewerbsfähigkeit: Lissabon-Strategie durch Instrumente der Regulierung und Finanzierung c) Nachhaltigkeit als Teil des europ. Wirtschafts- und Sozialmodells; ebenfalls mit Regulierung und Geld d) EU als globaler Akteur: mehr Geld z.B. f. ENP u. GASP <p>Bestehende Politiken:</p> <p>Kohäsion: Ausdruck der »ever closer Union«; kein Gegensatz zur Lissabon-Strategie, sondern Voraussetzung der Integration im Binnenmarkt; derzeit keine Reform der Kohäsionspolitik erforderlich</p> <p>GAP: bislang erfolgreiche und gute Politik; schließt als exklusive EU-Kompetenz nationale Ko-Finanzierung aus; Ko-Finanzierung würde zu einem Subventionswettlauf führen und den Markt stören</p> <p><i>Neue Herausforderungen:</i></p> <p>Mehr Integration in den Bereichen F&E, Justiz und Inneres, Energie, Umwelt, Klima, GASP macht auch mehr Geld erforderlich;</p> <p>Steigerung der Effektivität der Ausgaben durch neue Indikatoren und benchmarks; bessere Evaluierung und Transparenz</p>	<p>Kriterien zur Bestimmung eines europ. Mehrwerts: positive oder negative Externalitäten;</p> <p>Vermeidung von Parallelismen; Solidarität; Erreichen einer kritischen Finanzmasse;</p> <p>euro. Dimension der Politik; Binnenmarktbereich; europ. öffentliche Güter; gemeinsames Handeln</p>	<p>Verbesserte Transparenz des Eigenmittelsystems;</p> <p>MwSt/Eigenmittel streichen; BNE-Quelle ist fair und transparent;</p> <p>Einführung einer neuen Eigenmittelquelle ab 2020; Ablehnung jeglicher Korrekturmechanismen</p>

Zypern	<p>Ziel ist die Entwicklung der EU zu einem effektiven ökonomischen und politischen Akteur und Schaffung eines höheren Wohlstandsniveaus</p> <p><i>Prinzipien:</i> Solidarität; Gleichheit, Fairness, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit; Europäischer Mehrwert; mehr Flexibilität innerhalb einer Rubrik,</p> <p>Erhöhung der Effektivität und Effizienz der Haushaltsführung durch eine stärkere strategische Rolle der EU-Kommission und mehr Umsetzungsspielraum für die Mitgliedstaaten</p>	<p>Zentrale Ziele sind Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Nachhaltigkeit und sozialer Integration</p> <p><i>Kohäsionspolitik</i> liefert substantiellen Mehrwert zur Schaffung von ökonomischer, sozialer und territorialer Kohäsion; sollte eingebunden werden in eine umfassende europäische Entwicklungspolitik um die kompetitiven Vorteile jeder Region zur Geltung zu bringen; deshalb sollte sie flexibel und an die Anforderungen jeder Region angepasst sein; fundamentale Aufgabe in der EU</p> <p>territoriale Kohäsion künftig als vorrangige Aufgabe GAP: weitere Reformen zur Steigerung von Effektivität und Effizienz, um Produktqualität, Verbraucherschutz, Nahrungsmittelsicherheit und Umweltschutz zu verbessern; Unterstützung eines europäischen Risikomanagements;</p> <p>Mitgliedstaaten</p>	<p>Kriterien: Relevanz für langfristige Ziele; Beitrag zum Integrationsprozess und zur Förderung des Europägedankens; Beitrag zur territorialen und sozialen Kohäsion und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten; positive Externalitäten; europäische öffentliche Güter wie Sicherheit, Grenzschutz, Umweltschutz, »economies of scale«; Beitrag zur Kohärenz der Politiken; transnationale Dimension</p> <p>stärkere Berücksichtigung der geographischen und klimatischen Besonderheiten</p>	<p>Prinzipien: Fairness, ausreichende Mittelausstattung, Stabilität, Transparenz, Ein Fachheit,</p> <p>gerechte Finanzierung durch Orientierung am relativen nationalen ökonomischen Wohlstand;</p> <p>nur noch BNE-Eigenmittel; Abschaffung von Rabatten od. Korrekturmechanismen; wenn Korrekturen, dann ein allgem. Mechanismus zur Reduktion der Nettobelastungen</p>
---------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabenprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rahatte u. Allgemeiner Korrekturmehanismus (AKM) / EU-Steuer
Bundesregierung	<p>Ziel der Überprüfung: Sicherung der Zukunftsfähigkeit der EU-Politiken und ihrer Finanzierung. Chance, um historisch gewachsene Strukturen kritisch zu beleuchten, Politiken zu evaluieren und Instrumente anzupassen; Diskussion als mehrjähriges Reformprojekt; Stellungnahme der Bundesregierung bedeutet keine Festlegung für die nächsten Finanzverhandlungen</p> <p><i>Acht Leitlinien für Haushaltsoberprüfung:</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausgabenbegrenzung u. Haushaltsdisziplin; 2. Beitragsgerechtigkeit; 3. Zukunftsorientierung; 4. keine Vorabfestlegung; 5. Subsidiarität, europ. Mehrwert; 6. Effizienzsteigerung, Evaluierung; 7. Transparenz; 8. Vereinfachung des Eigenmittelsystems 	<p>Neue Herausforderungen (Globalisierung, Demografie, Klima&Energie) bedeuten nicht zwangsläufig einen Bedarf an zusätzlichen Geldern, machen aber Regulierung und Rechtsetzung nötig; »top down«-Ansatz, d.h. zunächst Deckelung des Gesamtvolumens und danach Festlegung von Prioritäten und Posterioritäten; übermäßige Nettobelastung vermeiden; interne und externe Evaluierung der Ausgabenpolitiken verstärken, um Effizienz des Mitteleinsatzes zu verbessern (Prüfung von Konsistenz u. Kohärenz, Eignung u. Angemessenheit der Politiken; Bürokratieabbau und Senkung der Verwaltungskosten; stärkerer Einsatz von EIB-Krediten)</p> <p><i>Kohäsionspolitik:</i> Prinzipien sind Subsidiarität und Finanzierbarkeit; Verringerung von Entwicklungsrückständen, Ziel ist wachstums- und ausgleichsorientierte Strukturdiskussion; Wahrung von Subsidiarität und Finanzierbarkeit; Gleichbehandlung bei »phasing out«-Regelungen; Konzentration auf ärmste Regionen (gemessen in BIP/Kopf); daneben auch Förderung anderer Regionen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit; Verbesserung der Zielgenauigkeit der Förderung; Absorptionsfähigkeit berücksichtigen</p> <p>GAP: Fortsetzung der Reformpolitik nach 2014; stärkere Marktorientierung; Abbau der klassischen Elemente wie Preisstützung und Mengensteuerung; Förderung der ländlichen Räume</p> <p><i>Lissabon-Strategie:</i> Schaffung eines europ. Bildungs- und Forschungsraumes (Bildungsmobilität);</p> <p><i>Justiz- und Innenpolitik/Außenpolitik:</i> ENP; Entwicklungs-zus.arbeit (territoriale u. sektorale Konzentration)</p>	<p>Kriterien: gemeinsames Interesse; Kostenvorteile; Erreichen einer kritischen (Finanz-) Masse; Effizienzgewinne; größerer Anwendungsbereich eines Grundrechts od. einer Grundfreiheit; »aus der Natur der Sache«, Kosten-Nutzen-Relation</p>	<p>Prinzipien: Stabilität; Einfachheit; Verwaltungskosten-effizienz und Beitrags-gerechtigkeit; BNE/Eigenmittelpool und traditionelle Eigenmittel als einzige Einnahmequellen; Abschaffung der MwSt-Eigen-mittelpool;</p> <p>Beitragsgerechtigkeit macht Korrekturmechanismus erforderlich, solange auf der Ausgabenseite keine Reform erfolgt;</p> <p>Ablehnung einer EU-Steuer, auch weil die Nettozahler-debatte dadurch nicht beendet würde</p>

Bundesrat	Ziel des Reformprozesses soll die Erhöhung der Funktionsfähigkeit der EU insgesamt sein; nicht alle Aufgaben und neuen Herausforderungen an die EU erfordern eine gemeinsame Finanzierung; Grundsätze für Ausgaben sind Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sowie europ. Mehrwert; Einhaltung der Eigenmittelobergrenze; mehrjähriger Finanzrahmen gestattet ein angemessenes Verhältnis von Planungssicherheit und Flexibilität	Umschichtung zugunsten der Lissabon-Strategie; Ausweitung des Instruments der Ko-Finanzierung	Suche nach einer Definition; Definition unter Berücksichtigung der Kompetenzordnung	Neben traditionellen Eigenmitteln nur noch BNE-Eigenmittelquelle; Streichung der MwSt-Eigenmittelquelle; AKM zum Ausgleich von zu hoher Nettobelastung und als Ersatz für GB-Sonderrabatt; keine EU-Steuer; Beibehaltung des Verschuldungsverbots
SPD-Bundestagsfraktion	Finanzmittel müssen den übertragenen Aufgaben entsprechen; Neuaustrichtung des Haushalts auf Bildung, Forschung und Innovation	Fortsetzungen der GAP-Reform; Stärkung der 2. Säule; Förderung der Landbewirtschaftung; Lissabon-Strategie; stärkere Ausrichtung des Haushalts auf Ziele der Lissabon-Strategie; europäische Dimension von Forschungs-, Bildungs- und Innovationspolitik ausbauen (ebenso Kulturpolitik)	Kohäsion: Zielgerichtete Strukturförderung, Verbesserung der Effektivität; Beachtung der Absorptionsfähigkeit; TEN ausbauen; Nachhaltigkeitspolitik (Klimaschutz, Biodiversität); Gesundheitspolitik (grenzüberschreitende Politik); Außenpolitik und EVP; Innen- und Justizpolitik	Beibehaltung des Verschuldungsverbots; Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit, d.h. Beiträge der Mitgliedstaaten gemäß ihrer Wirtschaftskraft; Abschaffung der MwSt-Eigenmittel; BNE-Eigenmittel ausbauen; Abschaffung aller Rabatte und Sonderregelungen, stattdessen AKM; EU-Steuer nur als langfristige Perspektive; zum gegenwärtigen Zeitpunkt wegen der Probleme bei der Ausgestaltung nicht möglich

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rahatte u. Allgemeiner Korrekturmekanismus (AKM) / EU-Steuer
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag	Grundsätze: solide Haushaltspolitik, Subsidiarität, Erforderlichkeit und Sparsamkeit; Ausgabenpolitiken werden von Kompetenzzuweisungen vorbestimmt; Kompetenzabgrenzung und Subsidiaritätskontrolle müssen in der EU-Haushaltspolitik ihren Niederschlag finden;	GAPReform: Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine multifunktionale Landwirtschaft (Nahrungsmittelversorgung, Rohstoff- und Energieleverant, Naturschutz und ländlicher Raum); ab 2014 Einführung einer obligatorischen nationalen Ko-Finanzierung (und zugleich Reduzierung der Ausgabenobergrenze des EU-Haushalts)	Europ. Mehrwert als zentrales Kriterium für die Definition der EU-Ausgabenprioritäten	Grundsatz der Beitragsgerechtigkeit, d.h. Beiträge müssen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen; Abschaffung der MwSt-Eigenmittel; Reduzierung des Erhebungsaufwandes bei traditionellen Eigenmitteln; schrittweise Abschaffung der Rabatte und Sonderregelungen und Einführung eines AKM; strikte Ablehnung einer EU-Steuer; Beibehaltung des Verschuldungsverbots

Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Ziel ist ein verlässliches, demokratisch legitimiertes und transparentes Finanzsystem mit langfristiger Perspektive; politische Lenkungswirkung durch neue Einnahmequellen; EU soll ein ökologisches und soziales Profil erhalten, das auch am Haushalt erkennbar wird</p> <p>EU muss sich durch Umschichtung innerhalb des Budgets stärker den neuen Aufgaben widmen (Klimaschutz, Förderung des ländlichen Raumes und Forschungspolitik)</p> <p>GAP: Fortsetzung der GAP-Reform; Förderung unabhängig von Produktion, sondern für die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen (Klima-, Umwelt-, Natur-, Tier- und Artenschutz); Klimabonus für ökolog. Landbau; Arbeitskräfteeinsatz als neue Bemessungsgrundlage für Förderung; stärkere Modulation Kohäsionspolitik: neben regionaler Kooperation und Ausgleich sozialer Ungleichheiten auch ökologische Nachhaltigkeit als neues Förderziel; Konzentration auf ärmste Regionen (gemäß BNE-Kriterium, daneben auch nach Arbeitslosigkeit)</p> <p><i>Bildung und Forschung:</i> mehr Geld für europ. Forschungs- und Hochschulraum, angemessener Anteil für europ. Kulturpolitik</p>	<p>Mehrwert hat neben der Kosten-Nutzen-Relation und der ökonomischen Dimension auch eine politische, sicherheitspolitische, kulturelle und geografische Dimension</p> <p>Stabiles, verlässliches und nachhaltiges Finanzierungssystem durch Treibstoff Besteuerung und Börsenumsatzsteuer (langfristig ca. 50% der Einnahmen); Beibehaltung des Verschuldungsverbots und der BNE-Eigenmittel;</p> <p>Abschaffung von Korrekturmechanismen und Rabatten</p>	
FDP-Bundestagsfraktion	<p>Stärkung der Haushaltskontrolle (insb. OLAF und Europ. Rechnungshof)</p>	<p>Mehr Mittel für Lissabon-Strategie; TEN, Forschung, Bildung, GASP, Außengrenzschutz und Europa; Umstellung der Kohäsionspolitik auf eine degressive Förderung mit klar umrissem Auslaufdatum (max zwei Förderperioden je Empfänger) und Konzentration auf ärmste Regionen; nationale Ko-Finanzierung in der GAP; Transparenz der Förderempfänger</p> <p>Außenpolitik: zivile Instrumente u. Entwicklpolitik</p>	<p>Mehrwert zeigt sich in Effizienzgewinnen, Synergieeffekten und Einsparung von Ressourcen; enge Verbindung zum Subsidiaritätsprinzip</p> <p>Abschaffung der MwSt-Eigenmittel und der Rabatte; Herabsetzung der Verwaltungskosten-Pauschale zur Einziehung der traditionellen Eigenmittel auf 10%; Eigenmittelobergrenze bei 1% der Verpflichtungsvermächtigungen; Ablehnung einer EU-Steuer</p>

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Ruhette u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
BDI BDA	Reformprinzipien: Transparenz, Effizienz, Beitragsgerechtigkeit Priorität: Ziele der Lissabon-Strategie durch Umschichtungen; Verbesserung von Effizienz und Effektivität der Haushaltsführung	Klare Prioritätensetzung auf Lissabon-Strategie zur Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung; zielgerichtete Investitionen in F&E und Innovationen, Investitionen in Humankapital (Bildung); Einsparpotential und Umschichtungsmöglichkeiten bei GAP und Kohäsionspolitik; Fortsetzung der Modernisierung und Markt-orientierung der GAP; Konzentration der Kohäsionspolitik auf wenige Förderschwerpunkte und bedürftigste Regionen	Unabhängige Evaluierungen zur Berechnung des europäischen Mehrwerts	Haushaltsvolumen von 1% des EU-BNE einhalten; MwSt/Eigenmittelpool abschaffen; keine EU-Steuer
DIHK	Handlungsprioritäten der EU müssen sich im Haushalt widerspiegeln; Erhöhung der Flexibilität innerhalb der Haushaltslinien, aber nicht zwischen den Rubriken; fünfjährige Laufzeit (Anbindung an Mandats-/Legislaturperioden von Kommission und EP); dezentrale Mittelverwaltung; Einführung von nationaler Ko-Finanzierung zur Verbesserung der Effizienz; zusätzliche Exekutivagenturen	Konzentration auf zentrale Ausgabenprioritäten (Posterioritäten vernachlässigen) Lissabon-Strategie: ist wichtigste Priorität, daher Ausbau von Forschungs-, Innovations- und Bildungspolitik; GAP: Fortsetzung der Reformen Kohäsionspolitik: Einführung des Nettofondsmodells Laufzeit (Anbindung an Mandats-/Legislaturperioden von Kommission und EP); dezentrale Mittelverwaltung; Einführung von nationaler Ko-Finanzierung zur Verbesserung der Effizienz; zusätzliche Exekutivagenturen	Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitprinzipien als zentrale Kriterien zur Bestimmung des europ. Mehrwerts; keine Verlagerung von Kompetenzen durch Deklaration eines europ. Mehrwerts; Bestimmung keinesfalls durch finanzielle Vorteile	Prinzipien: Einfachheit, Transparenz und Leistungsgerechtigkeit; einziges Eigenmittel sollte BNE/Eigenmittelpool sein (BNE/pro Kopf); Streichung der MwSt-Quelle; AKM; Ablehnung einer EU-Steuer
Bundesverband Öffentlicher Banken			Wirkungsgrad und Reichweite der EU-Strukturfonds verbessern; stärkere Nutzung revolvierender Fonds (auch für Privatpersonen); Nutzung von Public Private Partnership (PPP)	

Diakonisches Werk der EKD	Europ. Sozialmodell muss sich im Haushalt widerspiegeln; Engagement für soziale Gerechtigkeit und eine gerechtere und solidarische Gesellschaft; breite haushaltspolitische Grundlage für soziale Balance und Armutsbekämpfung	AusgabenSchwerpunkte: soziale Kohäsion (Bekämpfung von Kinderarmut, Familiopolitik); soziale Dimension der Lissabon-Strategie (über Arbeitsmarktpolitik hinausgehend); Strukturfonds (entweder Erhöhung der Finanzausstattung für soziale Eingliederung oder Quotierung für soziale Projekte; Freistellung von Projekten von nationaler Ko-Finanzierung); Integrationspolitik als Ergänzung von Migration; internationaler Flüchtlingsschutz	Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und Förderung der sozialen Balance als europ. Mehrwert
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Europ. Sozialmodell als Ziel und Aufgabe der EU muss sich in entsprechenden Haushaltssmitteln niederschlagen	Orientierung an Nachhaltigkeit der Politiken; Betonung der sozialen Dimension der Lissabon-Strategie	Umfassende Reform des Eigenmittelsystems erforderlich; Skepsis gegenüber einer EU-Steuer
WWF Deutschland, Naturschutzbund Deutschland (NABU), Deutscher Naturschutzbund (DNR)	Prinzipien: Alle Ausgaben nur für nachhaltige Politik; Gelder nur für Wohlfahrt der gesamten europäischen Gesellschaft	Veraltete Ausgabenpolitik, d.h. kaum Geld für zentrale Herausforderungen der Zukunft wie Klimawandel oder Biodiversität; Nachhaltigkeit der Ausgabenpolitik schließt soziale, ökologische und ökonomische Aspekte ein (Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Gerechtigkeit, Bildung und Gesundheit, Armutsbekämpfung, Biodiversität und gesunde Ökosysteme) <i>Grunpfeiler:</i> Strategie für nachhaltige Entwicklung; soziale Gerechtigkeit und Absicherung; überarbeitete Lissabon-Strategie; zentrale internationale Verpflichtungen	GAP: Umorientierung der GAP auf nachhaltige Entwicklung (Naturschutz, Klimaschutz, Schutz von Ökosystemen; ländliche Entwicklung) Kohäsionspolitik: Konzentration auf nachhaltige Projekte und Klimaschutz; Energie und Klima

Gegenüberstellung der Positionen von Regierungen der EU-Mitgliedstaaten sowie Bundestagsfraktionen und deutschen Verbänden

	Prinzipien / Laufzeit / Sonstiges	Reformbedarf auf der Ausgabenseite und Ausgabeprioritäten	Europäischer Mehrwert	Eigenmittelsystem / Korrekturen, Rabatte u. Allgemeiner Korrekturmechanismus (AKM) / EU-Steuer
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)	Reform ist erforderlich, um Einnahmenseite zu stabilisieren und von nationalen Interessen unabhängiger zu machen; siebenjährige Laufzeit hat sich bewährt	Klimapolitik als vordringlichste Aufgabe; auch andere Politiken auf Klimaschutz ausrichten (Kohäsionspolitik, Energiepolitik, GAP); Abkehr von Wachstumspolitik der Lissabon-Strategie; GAP auf Klimarelevanz, Naturschutz und Biodiversität umorientieren; grundsätzlich Ko-Finanzierung in der GAP und der Kohäsionspolitik	Mehrwert überall dort, wo grenzüberschreitende Probleme auch grenzüberschreitende Lösungen erfordern machen erforderlich machen	Rabatte und Korrekturmechanismen abschaffen; teilweise Sonderfinanzierung durch Einnahmen aus der Versteigerung der CO ₂ -Zertifikate